

D1

# Antrag

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (beschlossen am: 25.11.2021)

**Titel:** **Dringlichkeitsantrag: Der Pandemie  
entgegnetreten: wirkungsvoll, entschlossen und  
planvoll**

---

## Antragstext

1 Sachsen-Anhalt befindet sich, wie die ganze Bundesrepublik Deutschland, mitten  
2 in der vierten Welle der globalen COVID 19-Pandemie. Sie verläuft schon jetzt  
3 dramatischer, als alle Pandemiewellen zuvor, ihr Scheitelpunkt ist noch nicht in  
4 Sicht. Sachsen-Anhalt war, wie zuvor, auch auf diese Entwicklung unzureichend  
5 vorbereitet. Nach zwei Jahren Pandemie, mit guten wissenschaftlichen  
6 Erkenntnissen, Modellierungen und Projektionen zu ihrem Verlauf, ist das ein  
7 schweres Versäumnis.

8 Schon im Sommer wären verbindliche Entscheidungen über Maßnahmen zur Eindämmung  
9 einer erneuten Pandemiewelle und Zeitpunkte, zu denen diese greifen möglich und  
10 nötig gewesen. Das hätte unverzügliche Krisenreaktionen ermöglicht und Kommunen,  
11 der Wirtschaft, Kulturschaffenden und der gesamten Bevölkerung ein  
12 vorausschauendes Planen für diesen Winter.

13 Schon im Sommer wäre, eine gezielte und entschlossene Impfkampagne notwendig  
14 gewesen, um all jene noch von einer Impfung zu überzeugen, die sich bislang noch  
15 nicht hatten impfen lassen. Stattdessen sendete die Landesregierung mit dem  
16 Abbau der Impf-Infrastruktur ein Signal der Entspannung und nahm die  
17 stagnierenden Impffzahlen hin. Die deutlich unzureichende Impfquote ist neben der  
18 Mutation des Virus zur deutlich ansteckenderen Delta-Variante der Hauptgrund für  
19 diese schwere Welle der Pandemie.

20 Wir müssen diese Pandemiewelle brechen, wenn wir Menschen in Sachsen-Anhalt vor  
21

22 Infektion, Erkrankung und Leid schützen wollen. Die Kliniken in Sachsen-Anhalt  
23 sind stark belastet, und alles, was in den letzten zwei Wochen nicht getan  
24 wurde, wird dazu führen, dass diese Last unausweichlich noch steigen wird. Auch  
zum Schutz unserer Gesundheitsinfrastruktur muss diese Welle beendet werden.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die avisierten Maßnahmen der neu zu bildenden  
26 Bundesregierung zur Bekämpfung der Pandemie, insbesondere den Aufbau eines  
27 ständigen Krisenstabs und die verbesserten Rahmenbedingungen für die  
28 wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung.

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf:

- 30 • Schnell wirksame, konsequente und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um  
31 die vierte Pandemiewelle zu brechen. Dazu gehören:
  - 32 ◦ Konsequente Umsetzung und Kontrolle der angeordneten Zugangsregeln  
33 im Freizeitbereich
  - Zugangsregeln auch für kleine Veranstaltungen (unter 50 Personen)
  - 34 ◦ Untersagung von Veranstaltungen im Innenbereich
  - Konsequente Kontaktbeschränkungen für Menschen, die weder geimpft  
35 noch genesen sind, wenn die Lage es erfordert auch über diese  
Personengruppe hinaus
  - 36 ◦ Wechselunterricht an Schulen
  - 37 ◦ Maskenpflicht auch im Unterricht
  - 38 ◦ Umsetzung der sonst üblichen Quarantäneregeln auch an Schulen und  
Kindertageseinrichtungen.
  - 39 ◦ Deutliche personelle Unterstützung der Gesundheitsämter, damit  
Kontaktnachverfolgung möglich bleibt
- 40  
41  
42 • Das Land für den weiteren Verlauf der Pandemie zu wappnen. Dafür soll die  
Landesregierung:
  - 43 ◦ Kraftvoll und konzertiert das Impfen vorantreiben. Nur eine hohe  
44 Impfquote wappnet uns vor weiteren Wellen und führt uns nachhaltig  
45 aus dieser Pandemie.
  - 46 ◦ Das Land muss schnell den Aufbau zusätzlicher und niedrighschwelliger  
47 Impfinfrastruktur (Impfbusse, Impfzentren, mobile Teams, Impfpunkte)  
48 unterstützen und forcieren, um zügig eine große Zahl Menschen  
49 überall im Land für Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen zu erreichen.
  - 50 ◦ Das Land muss unverzüglich die Vorbereitungen für die Impfungen von  
51 Kindern über 5 Jahren treffen. Dafür sind unmittelbar nach EMA-  
52 Zulassung Angebote zum Beispiel in Impfzentren zu schaffen.
  - 53 ◦ Sachsen-Anhalt muss für Impfungen werben und niedrighschwellig
  - 54
  - 55

56 Impfinformationen zur Verfügung stellen. Auch mehrsprachig und in  
57 leichter Sprache. Diese Informationen sollen überall dort, wo  
58 Menschen zu Behörden kommen, Websites aufsuchen oder in Kontakt mit  
59 Sozialträgern kommen offensiv angeboten werden.  
60 ◦ Sachsen-Anhalt soll sich beim Bund für eine allgemeine Impfpflicht  
61 einsetzen. Wo die Freiheitsrechte aller und ihr Recht auf  
62 körperliche Unversehrtheit durch eine Pandemie bedroht sind, die mit  
63 einer hohen Impfquote beherrschbar würde, erscheint dies angemessen  
64 und verfassungskonform.  
65 ◦ Das Land soll gezielt Fake-News und Lügen über Covid-19  
66 entgegentreten. Desinformation, besonders im digitalen Raum, aber  
67 auch in Talkshows im Fernsehen, Plenarsälen und Zeitungskommentaren,  
68 ist eine besondere Bedrohung in dieser Pandemie. Sie verringert die  
69 Impfbereitschaft, die Bereitschaft, sich solidarisch an  
70 Eindämmungsmaßnahmen zu beteiligen und spaltet die Gesellschaft. Die  
71 Landesregierung soll mit einer Task-Force gezielt Fake-News  
72 aufspüren und gezielte Informationskampagnen gegen sie auflegen.  
73 ◦ Im dauerhaft tagenden Pandemiestab des Landes einen  
74 wissenschaftlichen Beirat installieren. Dieser soll die  
75 Landesregierung beraten und Maßnahmen für ein resilienteres Land und  
76 zu Eindämmung von Pandemiewellen vorschlagen.  
77 ◦ Dem Parlament einen wissenschaftlich begründeten Stufenplan (Ampel)  
78 für nötige Eindämmungsmaßnahmen zur Abstimmung vorlegen. Dieser soll  
79 nicht nach jeder Pandemiewelle seine Gültigkeit verlieren, sondern  
80 bei erneutem Aufflammen von Covid-19 Einschränkungsmaßnahmen für die  
81 Kommunen, die Einzelhändler\*innen und Kulturschaffenden und die  
82 Bürger\*innen unseres Landes absehbar und transparent machen.

79 Diese seit 2020 tobende Pandemie ist eine schwere Herausforderung für unsere  
80 Gesellschaft. Wir haben die Mittel und das Wissen, in ihr zu bestehen. Das wird  
81 nur mit Entschlossenheit und Solidarität gelingen.  
82

## 83 **Begründung**

Aufgrund der dynamischen Pandemielage und der gesetzlichen Voraussetzungen auf Bundesebene, vor allem durch die in Kraft getretene Änderung des Infektionsschutzgesetzes, liegt die Verantwortung für die Maßnahmen jetzt bei der Landesregierung.

Die Notwendigkeit der geforderten Maßnahmen ergeben sich insbesondere durch die hohen Inzidenzen und die Überlastung des Krankenhäuser im Land.